

presse

Substitutionsbehandlung in Gefahr – Experten mahnen Verbesserungen an

Zur heutigen Anhörung des Antrages der SPD-Bundestagsfraktion „Überlebenshilfe in der Drogenpolitik - Situation der Substitution von Opiatabhängigen verbessern und Substitutionsbehandlung im Strafvollzug gewährleisten“ im Deutschen Bundestag erklärt die Drogenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Graf:

Überlebenshilfe in der Drogenpolitik und Schadensreduzierung bedeuten, dass Süchtige im Zweifel dabei unterstützt werden, mit der Sucht zu (über-)leben. Dieser Ansatz, der mit der Substitutionstherapie verfolgt wird, ist eine maßgebliche Ursache für die in den vergangenen Jahren deutlich gesunkene Zahl der Drogentoten. Die Sachverständigen warnten jedoch in der heutigen Anhörung im Deutschen Bundestag davor, die Qualität der Substitutionsbehandlung nicht weiter zu riskieren.

Durch den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion werden die Probleme in der Substitutionsbehandlung in Deutschland sowohl in der ambulanten Versorgung als auch in den Haftanstalten endlich im Deutschen Bundestag behandelt. Die zunehmende Kriminalisierung von substituierenden Ärzten, die veralteten rechtlichen Regelungen im Betäubungsmittelgesetz sowie die zum Teil skandalösen Bedingungen in deutschen Haftanstalten für die Gewährleistung einer Substitutionsbehandlungen waren die Kritikpunkte der Sachverständigen, die allesamt den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion begrüßten.

Wir müssen vor dem Hintergrund des vermehrten altersbedingten Ausscheidens von substituierenden Ärztinnen und Ärzten endlich aktiv werden. Doch sowohl die kassenärztliche Vereinigung als auch die Bundesregierung tun zu wenig, um das Nachwuchsproblem im Bereich der Substitutionsbehandlung nachhaltig zu lösen. Suchtmediziner brauchen juristische Klarheit statt unnötiger Kriminalisierung sowie eine angemessene Vergütung. Die Stärkung der Suchtmedizin ist vor allem auch für die flächendeckende Versorgung von Suchtkranken dringend erforderlich.

In unserem Antrag zielen wir auf die bessere Versorgung von Suchtkranken im

ländlichen Raum sowie auf Fortschritte bei der bisher unzureichenden Versorgung von opiatabhängigen Inhaftierten. So befinden sich bisher lediglich etwa 500 bis 700 der geschätzten 10.000 bis 15.000 in Frage kommenden Gefangenen in einer dauerhaften Substitutionsbehandlung. Und das, obwohl hier das Risiko für Hepatitis-C- und HIV-Erkrankungen besonders hoch ist.

Zwar freuen wir uns, dass CDU/CSU und FDP in der ersten Lesung unseres Antrages ebenfalls Handlungsbedarf für die Stärkung der Substitutionstherapie gesehen haben. Wie es aber bei dieser Bundesregierung so ist, fehlt es an Taten. Die Bundesregierung muss zugunsten besserer Rahmenbedingungen für die Substitutionstherapie aktiv werden, da wohlwollende Worte allein weder den Substitutionsärzten, noch den Suchtkranken helfen.